



Forderungskatalog
anlässlich der Agrarministerkonferenz in Kiel vom 20. - 22.09.2023

Dringender Appell für den verantwortungsvollen Umgang mit landwirtschaftlichen Betrieben und Landwirtschaftsfamilien in Deutschland - einer bedrohten Art!

Thema 1: Wolf

Wir fordern, die Richtlinien der EU zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Wolf und im Einklang mit den Tierschutzprinzipien zu implementieren. Der Schutz unserer (Weide-) Tiere ist unsere Aufgabe, der wir nachkommen und die wir mit Leidenschaft und viel Freude ausüben. Wir ertragen jedoch die Lethargie der politischen Instanzen nicht mehr, die dazu führt, dass wir täglich Tiere verlieren und unendliches Leid erleben müssen. Es ist an der Zeit, die Möglichkeiten zu ergreifen, die die Europäische Union Ihnen bietet, um verantwortungsbewusst mit dem Schutz unserer Weidetiere umzugehen. Als Weidetierhalter lehnen wir den Wolf ab! Wir fordern ferner anzuerkennen, dass die bisherigen Schutzmaßnahmen, nämlich die Errichtung von Zäunen, eine reine Beschäftigungstherapie und Beruhigungspille war.

Thema 2: Moore und Klimaschutz

Es ist unerlässlich, die Pläne für die Wiedervernässung der Moore sorgfältig zu überdenken und Leckage-Effekte zu berücksichtigen. Wir fordern die nötige Transparenz in der Entscheidungsfindung, welche Moorkörper bezüglich der Körperstärke überhaupt „renaturierbar“ sind und eine Berücksichtigung der Moorflächen, die heute bereits nass genutzt werden. Wir fordern die Erarbeitung einer umfassenden und zu veröffentlichenden Folgeabschätzung, um sicherzustellen, dass bei allen geplanten Maßnahmen, die die Ziele des Klimaschutzes verfolgen, die negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe vermieden werden, ebenso wie auf die betroffenen Kommunen insgesamt.

Wir erwarten immer noch die Veröffentlichung der Ergebnisse des Sorgekoog-Projektes aus Schleswig-Holstein und stellen in diesem Zug bereits jetzt die Frage, ob es überhaupt genügend Wasser gibt, um Moore ganzjährig (auch in heißen trockenen Sommern) nass zu halten. Dies ist schließlich die Grundvoraussetzung, um die angestrebten Ziele laut Modellierung überhaupt zu erreichen.

Nach wie vor besteht kein Vertrauen der Landeigentümer in die Pläne der Landes- und auch der Bundesregierung, dass es sich um rein freiwillige Prozesse handelt. Befürchtet wird ganz klar die Enteignung, zumindest über das Ordnungsrecht (Stichwort: „Klimaschutzgesetz“).



Thema 3: Schutzgebiete

Wir erwarten von der Bundesregierung und den Landesregierungen Transparenz im Entwicklungsprozess ihrer Strategie, um die Vorgaben der COP-15 zu erfüllen. Diese beinhaltet schließlich, dass Schutzgebiete sowohl an Land als auch auf dem Meer geschaffen werden sollen. Wir befürchten die Ausweisung von Null-Nutzungs-Zonen zu Land und zu Wasser, die eine Bewirtschaftung unmöglich macht. Wir erwarten daher die nötige Transparenz und eine klare Darstellung der geplanten Schritte zur Erreichung dieser Ziele. Wo finden wir die Datengrundlage für die Sinnhaftigkeit dieser Ziele?

Sie spielen hier mit unserem Land und unserer Zukunft!

Thema 4: Düngeverordnung

Wir fordern aktualisierte Nährstoffberichte für das gesamte Bundesgebiet. Diese Berichte sollten auch die Ergebnisse des Maßnahmen-Monitorings der Düngeverordnung von 2017 einschließen. Entgegen aller Prognosen aus den Nährstoffberichten vergangener Jahre fand zwischenzeitlich ein deutlicher Strukturbruch bei den viehhaltenden Betrieben statt mit zwangsläufig rückläufigen Nährstoffsalden. Nur durch eine umfassende Bewertung der aktuellsten Daten können diese Auswirkungen nachgewiesen und Anpassungen etwaiger Fehlentwicklungen vorgenommen werden.

Wir fordern zudem endlich das längst überfällige Verursacherprinzip zu berücksichtigen!

Thema 5: Herkunftskennzeichnung

Wir fordern eine Herkunftskennzeichnung in Klarschrift ein, damit klar hervorgeht, in welchem **Herkunftsland die Rohstoffe für das Nahrungsmittel produziert** wurden.

Die drei mengenmäßig maßgebenden Grundprodukte und die zwei namensgebenden Produkte sollen gekennzeichnet werden. Plus Kennzeichnung des Landes, wo das Lebensmittel aufbereitet, verarbeitet oder hergestellt wird.

Bei **Fleisch** soll Geburt, Aufzucht, Schlachtung, Verarbeitung und Verpackung gekennzeichnet werden. **Wenn alles in Deutschland, dann 5xD**. Zusätzlich fordern wir, die Herkunft der Futtermittel mit einzubeziehen. So partizipieren ebenso deutsche Marktfruchtbetriebe bei dann 6xD. Wir fordern eine verpflichtende klare Herkunftskennzeichnung für jedes Mono- wie verarbeitete Lebensmittel, dass im Einzelhandel, im Großhandel und Gastrogewerbe angeboten wird.

Erst eine verpflichtende klare Herkunftskennzeichnung aller Lebensmittel ermöglicht dem Verbraucher beim Einkauf zu wählen.

Der Verbraucher erhält so die Chance, an der Theke selbst über Tierwohl, Umwelt- wie Klimaschutz mit Artenvielfalt, Transportwegen, CO₂-Fußabdruck und Sozialstandards bei Ursprung und Herstellung der Lebensmittel mitzubestimmen.



Thema 6: Staatsziel Ernährungssicherung

Damit die staatlichen Organe künftig in die Lage versetzt sind, Belange des Umweltschutzes mit denen der Ernährungssicherung optimal in Einklang zu bringen, ist es erforderlich, die Ernährungssicherung durch regionale Produktion und Verarbeitung in den Rang eines Staatsziels zu erheben.

Dabei ist das Recht auf angemessene Ernährung sowohl im UN-Sozialpakt als auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als Menschenrecht verankert. Regionale Produktion und Verarbeitung gewährleistet die Lebensmittelsicherheit durch hohe Standards und ist durch kurze Lieferketten krisensicher und klimaschonend. Denn die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung ist durch die Auswirkungen des Klimawandels genauso gefährdet wie durch kriegerische Auseinandersetzungen, Bodenspekulationen, ideologisch betriebenen Umweltschutz und eine rasant wachsende Weltbevölkerung.

Bisher hat jedoch allein der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen Verfassungsrang, während die Nutzung dieser Ressourcen zur Sicherung der menschlichen Ernährung diesen Status nicht innehat.

Thema 7: Die Einführung eines Verbotes des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten als Schutzwall gegen einen ruinösen Preiswettbewerb im Kampf David gegen Goliath - also von Landwirten und Genossenschaften gegen die großen Lebensmitteleinzelhändler. Hierfür braucht es ein Verbot des Einkaufs unter Produktionskosten entlang der gesamten Wertschöpfungskette, so wie unser EU-Partner Spanien dies bereits im Februar 2020 beschlossen hat.

Thema 8: Ein Verbot aller unlauteren Handelspraktiken

auch jenen der grauen Liste der EU Richtlinie 2019/633. Die Schwärzung auch der grauen Liste wurde bei der Anhörung im Bundestag mehrheitlich von den anwesenden Sachverständigen gefordert - mit Ausnahme des HDE (Handelsverband Deutschland). Eine **Generalklausel** nach Vorbild des UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) und des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung) wurde nicht nur vom Bundesrat unterstützt, sondern würde der BLE die nötige Flexibilität geben, um auch und gerade gegen noch nicht beschriebene unfaire Handelspraktiken vorzugehen.

Thema 9: Verbindliche Vertragsvereinbarungen vorgeben

Die in Artikel 148, VO 1308/2013 GMO geschaffene Möglichkeit, den Vertragspartnern des Primär- und Sekundärsektors eine verbindliche Vorgabe zum Abschluss von Verträgen vor der Ablieferung von Rohmilch und Fleisch, unabhängig von den Unternehmensformen, vorzugeben, muss nun zügig in nationales Recht umgesetzt werden.

Konkrete Vereinbarungen über Preise, Mengen und Qualitäten sind unerlässlich, um eine entsprechende wirtschaftliche Planungssicherheit zu ermöglichen und die derzeitige Marktsituation, in der sämtliche Marktrisiken allein auf die Erzeuger abgewälzt werden, zu Gunsten der Erzeuger zu verändern. Gegebenenfalls sind im Rahmen der Einführung einer

Vertragspflicht auch die unionsrechtlichen Regelungen zu präzisieren, um sicherzustellen, dass feste Preise und feste Mengen in allen Lieferbeziehungen etabliert werden können und ein Verweis auf Vergleichspreise oder für Erzeuger nachteilige Preisberechnungsklauseln unterlassen werden.



Die regelmäßige Auswertung repräsentativer Betriebsdaten (Milch-Marker-Index) zeigt, dass die Milchauszahlungspreise (auch im Bio-Bereich) die Erzeugungskosten nicht decken.

Thema 10: Bürokratieabbau, Ende der Gängelungen und Ideologien

Die heimische Landwirtschaft ist eine der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft. Sie versorgt uns mit hochwertigen Nahrungsmitteln, sichert Arbeitsplätze in ländlichen Regionen und trägt zur Erhaltung unserer Umwelt bei. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, denen sich unsere Bauern täglich stellen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Politik auf wissenschaftliche Erkenntnisse hört und die notwendigen Schritte unternimmt, wie zum Beispiel die Schaffung realistischer Marktrahmenbedingungen, um eine ökologische, ökonomische und sozial nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft zu fördern.

Kontraproduktiv sind folgende Faktoren:

- Lange Genehmigungsverfahren
- Monetär nicht hinterlegte Förderprogramme
- Kommissionen, deren Ergebnisse nicht umgesetzt werden
- überbordender Bürokratie und Dokumentationspflichten und
- Beschäftigungstherapien, wie die Foto-Dokumentation der Flächen, Wolfszäune oder sämtliche aufwändige Auskunftspflicht gegenüber Behörden, weil es keine Vernetzung der staatlichen Einrichtungen gibt.
- Ideologisch getriebene Umbaumaßnahmen der gesamten Branche, insbesondere der Tierhaltung
- Verbot von Pflanzenschutzmitteln, ohne Alternativen....und ohne Grund!

Und am allermeisten: die Weiterverbreitung von Narrativen, die wissenschaftlich fundiert widerlegt sind (Glyphosat, Wasserverbrauch, CO₂ - Fußabdruck, Methanausstoß der Rinder u.v.m.). Hierzu haben wir bereits einen offenen Brief ans BMEL veröffentlicht.

**Pressekontakt: Uta v. Schmidt-Kühl (0 173 - 876 24 69)
Robert Erdmann (0 162 - 900 44 16)**